



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/200 - 5. Dezember 1956
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-83
Fernschreiber 0886690

Die ausgebliebene Rentenreform	S. 1
Bangkok - 7. Station der Asienreise Ollenhauers	S. 3
Neue Kontakte mit der sozialistischen Jugend Asiens	S. 4
Das Kasernenbauprogramm Bonn	S. 6
Nochmals: Die Redefreiheit im Bundestag	S. 8

Grandioses soziales Versagen

FR. Der Teil der deutschen Presse, der sich selbst "überparteilich" oder "unabhängig" bezeichnet, hat in den Ausgaben vom 5.12.1956 wirklich, wie man so sagt, "gespurt". In Hinblick auf die Rentenreform haben fast alle diese Zeitungen zwar von der Überbrückungsregelung für Januar 1957 berichtet, aber kaum eine hat sich die Mühe gemacht, auf das geradezu grandiose Versagen der Bundesregierung und der CDU/CSU-Fraktion hinzuweisen, das darin liegt, dass trotz hundertfältiger Versprechungen der Gesetzentwurf über die Rentenreform nun eben doch nicht zum 1. Januar 1957 verabschiedet sein wird.

Es ist schon interessant, einmal in alten Protokollen und Zeitungen nachzulesen. Es begann schon in der Regierungserklärung vom 20. September 1949, in der der Bundeskanzler sagte:

"Das Streben nach Linderung der Not, nach sozialer Gerechtigkeit wird der oberste Leitstern bei unserer Gesamtarbeit sein".

Wenn man die abgelaufenen sieben Jahre betrachtet, so kann man feststellen, dass dieser Stern wahrhaftig kein Fixstern gewesen ist, sondern höchstens eine ab und zu in Wahlzeiten auftauchende Sternschnuppe, die zerplatzte, wenn die Stimmkarten in die Wahlurne gewandert waren.

Nach vier Jahren, am 20. Oktober 1953, klang es nicht viel anders, als Dr. Adenauer wiederum in der Regierungserklärung sagte:

"Die neue Bundesregierung wird diese Vorarbeiten (für die

5. 12. 1956

Durchführung einer Sozialreform) energisch fördern und ein umfassendes Sozialprogramm vorlegen."

Von einem umfassenden Sozialprogramm kann heute keine Rede mehr sein, es geht nur noch um ein Teilstück, die Rentenreform, und auch diese wird nicht zu dem versprochenen Termin verwirklicht.

Noch am 16. November 1956 hat der Bundeskanzler in der Bildzeitung in seiner Unterredung mit den vier Rentnern mit erhobenem Zeigefinger, wie die Zeitung schreibt, wörtlich gesagt:

"Glauben Sie mir, der Termin vom 1. Januar wird eingehalten, davon bin ich überzeugt."

Jetzt ist offenbar geworden, dass der Gesetzentwurf nicht mehr vor dem 1. Januar kommt. Wie billig glaubt sich die CDU aus der Affäre zu ziehen, wenn sie nun davon spricht, dass die Beratungen in Sozialpolitischen Ausschuss des Bundestages vor Weihnachten abgeschlossen werden könnten. Davon war niemals die Rede, man sprach immer davon, dass das Gesetz vor dem Jahresende in Kraft treten muss, d.h. also, dass Bundestag und Bundesrat zugestimmt haben müssen.

Man kann mit einigem Recht bezweifeln, dass es gelingt, selbst wenn der Sozialpolitische Ausschuss die Weihnachtsferien opfert, den Gesetzentwurf wenigstens im Ausschuss abschliessend zu behandeln, denn nach dreimonatiger Beratung hat man erst über die Hälfte der Paragraphen entschieden. Es fehlt der ganze Komplex der Finanzierung, das Angestelltenversicherungsgesetz liegt nicht vor, nicht eine einzige Tabelle ist vorhanden, nach der auf Grund der neuen Beschlüsse die Renten ausgerechnet werden könnten, kein Material über die Mindestrenten ist von der Bundesregierung vorgelegt worden, kurzum, wo man hinblickt: Fehlarzeige.

Jetzt rächt sich bitter, dass die CDU aus blinder Starrköpfigkeit im April die Beratung des SPD-Gesetzentwurfes verweigerte, so dass über fünf Monate verloren gingen, und die Beratungen erst im September begannen. Von allen diesen Dingen hat aber der Teil der deutschen Presse, der noch überparteilich nennt, kaum Kenntnis genommen. Man spricht nur von den Überbrückungsregelungen, aber auch hier wird man erst abwarten müssen, was die CDU tatsächlich vor hat. Die SPD hat nicht nur "angekündigt", sondern bereits einen Gesetzentwurf eingereicht, der als Überbrückungszahlung für Januar eine halbe Monatsrente vorsieht. Die CDU hat die Rentner völlig in unklarer gelassen, was sie beabsichtigt. Man kann den konkreten Beschlüssen dieser Fraktion mit einiger Besorgnis entgegensetzen, wenn man an die letzte Abschlagszahlung denkt, die nur den dreifachen Rentenmehrbetrag vorsah und die Enttäuschung und die Not der Rentner mit Mindestsätzen von DM 21.-- für den Versicherten, DM 14.-- für die Witwe und DM 10.-- für die Waise abfiel. Drei Millionen Rentner haben zudem nur diese Mindestsätze erhalten.

Es kann also auch um die Überbrückungsregelung noch erhebliche Auseinandersetzungen geben. Bundesregierung und Koalitionsparteien tragen durch ihre inneren Zerwürfnisse die Schuld daran, dass der grundlegende Gesetzentwurf nicht mehr in diesem Jahre verabschiedet wird. Sie haben nicht nur sozialpolitisch versagt, sondern auch staatspolitisch und der Demokratie einen wahren Bärendienst erwiesen.

In der Schweiz Asiens

H.G., Bangkok, 30. November 1956

Erich Ollenhauers grosse Asienreise geht ihrem Ende entgegen. Bangkok, die Hauptstadt Siams, ist die 7. Station dieser "Mission des guten Willens" durch die jungen Länder Asiens.

Nach den eindrucksvollen Begegnungen mit den Völkern, die nach der Befreiung von den Fesseln des Kolonialdaseins mit den schweren Hypotheken grosser wirtschaftlicher und politischer Belastungen um ihre staatliche Form ringen, ist Siam (oder Thailand), das niemals Kolonie, sondern immer ein unabhängiges Land war, gleichsam eine friedliche Insel, eine Schweiz Asiens. Wenn auch noch das wesentliche Merkmal der europäischen Schweiz, die echte Demokratie, fehlt.

Aber gerade in den Tagen des Ollenhauerbesuches machten die Siamesen einen entscheidenden Schritt zu einer wirklich demokratischen Ordnung: Im Februar werden nicht nur allgemeine Wahlen sein, sondern werden auch zum ersten Male alle Mitglieder des thailändischen Parlaments - nicht wie bisher nur die Hälfte - durch geheime und direkte Wahlen Sitz und Stimme erhalten.

Sicher hat die in Bangkok eben abgeschlossene Tagung der Interparlamentarischen Union, der auch eine deutsche Bundestagsdelegation angehörte, den letzten Anstoss dazu gegeben.

So war denn auch der Empfang, den Thailands Ministerpräsident Feldmarschall Pibulsonggram dem deutschen Oppositionsführer zu Beginn der gastfreundlichen Tage in Bangkok gab, herzlich und persönlich und die Gespräche mit führenden Männern der Regierung aufgeschlossen und ergiebig.

Schliesslich ist Thailands Freundschaft zu Deutschland Generationen alt und bewährt sich jetzt wieder unter den anders gearteten Verhältnissen nach dem Kriege. Wie gross heute das Interesse an allen deutschen Fragen ist, bewies die Pressekonferenz, die Ollenhauer im Rundfunksaal der Publik-relations-Abteilung des Innenministeriums für die thailändische und Auslandspresse gab. Selten wurde er so mit bohrenden Fragen über die sozialdemokratische Politik zur Wiedervereinigung und Remilitarisierung, zum aktuellen Programm der SPD, sowie ihrer Stel-

5. 12. 1956

lung zu Russland, China und Pankow überschüttet.

Vor allem aber wurde auch die Meinung des deutschen Oppositionsführers zu Problemen gewünscht, die den Asiaten auf den Nägeln brennen.

Wie umfangreich diese Probleme sind, offenbarte sich bei einem Empfang, den der Chef der UNO-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten (das Gegenstück zur europäischen ECE), der indische Wirtschaftsexperte Dr. Narasimhan für Erich Ollenbauer in das dicht besetzte Programm geschoben hatte. Bangkok ist das Hauptquartier dieser für 800 Millionen Asiaten ausserordentlich wichtigen Institution, der seit kurzem auch ein Deutscher, der Leiter der Wirtschaftsabteilung der deutschen Botschaft in Thailand als Beobachter angehört. Hier werden die wirtschaftlichen und statistischen Grundlagen für alle Planungen im Fernen Osten geschaffen und den jungen Ländern mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

Eindrücklich wurde Erich Ollenbauer dabei in diesem Zusammenhang immer wieder der Wunsch vorgetragen, die Bundesrepublik solle sich stärker und bereitwilliger als bisher auch ihrer asiatischen Möglichkeiten zuwenden, die offenbar durch Mangel an Verständnis bei den Bonner offiziellen Stellen noch nicht genügend ausgeschöpft wurden.

Das war auch der Tenor der Gespräche des grossen Abendempfanges, den die deutsche Botschaft für Erich Ollenbauer zum Abschluss seines Besuches in Siam veranstaltete, der ^{die} sehr aktive deutsche Kolonie, führende Köpfe des diplomatischen Korps und aus Thailands Politik und Wirtschaft zu einer repräsentativen Gesellschaft vereinigte.

+ + +

Freundliche Aufnahme der Delegation deutscher Jungsozialisten

Von Jockel Fuchs, M.L., Rheinland-Pfalz

Die Delegation der Jungsozialisten Deutschlands, die an einem Seminar der sozialistischen Jugendorganisationen Asiens vom 6. bis 14. November in Bombay teilnahm, ist soeben von ihrem Studienaufenthalt in Asien zurückgekehrt. Mit dieser ersten offiziellen Delegation wollten die Jungsozialisten nicht nur ihre Verbundenheit mit der jungen Generation der asiatischen Länder zum Ausdruck bringen, sondern auch eigene neue Eindrücke über die politischen, wirtschaftlichen und ge-

5. 12. 1956

sellschaftlichen Verhältnisse in Indien sammeln und die Möglichkeiten künftiger enger Beziehungen mit den verschiedenen sozialistischen Jugendorganisationen Asiens prüfen.

Als der Zentralsekretär der Jungsozialisten Deutschlands, Werner Buchstaller, den Teilnehmern des Seminars in Bombay die herzlichen Grüsse der sozialistischen Jugendorganisationen Deutschlands überbrachte, wurde er mit anhaltendem Beifall begrüsst. Die gleiche freundliche und herzliche Aufnahme wurde der ganzen Delegation während ihres gesamten Aufenthaltes in Indien zuteil. Die Anwesenheit des Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, auf der Konferenz der sozialistischen Parteien Asiens, die gleichzeitig in Bombay stattfand, und die grosse Beachtung, die seine Äusserungen in der gesamten indischen Öffentlichkeit fanden, trug wesentlich zu der herzlichen Aufnahme der jungen Sozialisten aus Deutschland bei.

Der bereits während der Konferenz der sozialistischen Parteien Asiens gewonnene Eindruck, dass das neue Asien wesentlich von der jungen Generation repräsentiert und gestaltet wird, verstärkte sich noch mehr im Verlauf des Jugend-Seminars in Bombay. Junge Vertreter der sozialistischen Parteien aus den verschiedenen Ländern Asiens, aus Nepal und Japan, aus Indonesien und Pakistan, aus Burma und Indien, aus Malaya und von Ceylon, diskutierten mit eindrucksvoller Sachkenntnis grundsätzliche politische Fragen. Im Mittelpunkt stand dabei der Kampf für die Unabhängigkeit aller Völker Asiens und des afrikanischen Kontinents von fremder Herrschaft und Bevormundung. "Gegen die imperialistische Kolonialpolitik Englands und Frankreichs - Freiheit für das ägyptische Volk" und "Gegen die imperialistische Machtpolitik Russlands - Freiheit für das ungarische Volk" forderten zwei grosse Transparente an der Stirnseite des Tagungsraumes.

Eine andere Tatsache zeigte die Zusammensetzung der über hundert Delegierten des Jugendseminars in Bombay: den Kern der sozialistischen Jugendbewegung in den asiatischen Ländern bildet die akademische Jugend. Und zwar ohne Rücksicht auf die soziale Stellung der Eltern. So ist es keine Seltenheit, dass der Sohn einer reichen Brahmanenfamilie überzeugter demokratischer Sozialist ist. Diese jungen Studenten wissen, dass die Frage der sozialen und wirtschaftlichen Freiheit der schaffenden Menschen Asiens zunächst und zuerst eine Frage der allgemeinen Bildung ist. In diesem Sinn forderte auch der neben Pandit Nehru populärste Mann Indiens und geistige Führer des Sozialismus in Indien, Jayaprakash

5. 12. 1956

Narayan, vor dem Seminar den verstärkten Ausbau des Bildungswesens, um mit der Beseitigung des Analphabetentums die jungen Menschen zur aktiven Mitgestaltung einer neuen Gesellschaft zu gewinnen.

Während ihres Aufenthaltes hatte die Delegation der Jungsozialisten Deutschlands auch Gelegenheit, die Lebensbedingungen im heutigen Indien ausgiebig kennenzulernen. Besuche in Arbeitersiedlungen, in den gemiederten Elendsiedlungen der sogenannten Unberührbaren, Besuche in Schulen, Kinderheimen und in Genossenschaften, in den Häusern der Heimweber in der zentralindischen Stadt Nagpur, bei den Textilarbeitergewerkschaften Zentralindiens, in indischen Familien, Besichtigungen grosser Städte und kleinerer Dörfer, ein Besuch der Wirkungsstätte Gandhis in Ashram und die Teilnahme an öffentlichen Versammlungen und Diskussionsabenden füllten das umfangreiche Studienprogramm. In mehreren Pressekonferenzen konnten die Vertreter der Jungsozialisten von ihren Eindrücken berichten und gleichzeitig auf die Bedeutung der Wiedervereinigung Deutschlands hinweisen. Der Aufenthalt fand seinen Abschluss mit dem Besuch der indischen Hauptstadt Neu-Delhi.

Die Grösse der Aufgabe, vor die sich die jungen Sozialisten Indiens in kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht gestellt sehen, beeindruckte die Teilnehmer der Delegation ausserordentlich. Die aufgenommenen Kontakte sollen nun nicht mehr abreißen. Als äusseres Zeichen der Verbundenheit haben die Jungsozialisten für den Ausbau des Bildungswesens in der zentralindischen Gemeinde Sewagram die Patenschaft übernommen.

So weit auch Indien und die übrigen Länder Asiens von Deutschland entfernt liegen mögen, in der Zielsetzung fanden wir mit unseren jungen Freunden auf dem Seminar in Bombay eine gemeinsame Sprache: Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen und alle Völker.

+ + +

Schulen müssen Kasernen weichen.

zu, Ziel

Im Haushaltsjahr 1957 sollen in der Bundesrepublik 138 Kasernen gebaut werden. Die Planung sieht vor, dass jede der Bataillionskasernen, welche in der Zeit vom 1. April 1957 bis zum 31. März 1958 errichtet werden sollen, 17 Millionen DM kosten wird. Somit ist für den Neubau derartiger Kasernen ein Betrag von 2,346 Milliarden DM vorgesehen.

Die meisten neuen Kasernen sollen in Bayern mit 35 entstehen. Ge-

5. 12. 1956

messen an der Kleinheit des Landes wird Schleswig-Holstein mit 23 Bataillonskasernen am dichtesten "bestückt" sein. Für Nordrhein-Westfalen beispielsweise sind 29 und für Niedersachsen sieben Kasernenneubauten vorgesehen. Der grössten "Kasernensegen" erhält Koblenz mit allein sieben Neubauten.

Weiter sieht die Planung vor, dass im Bundesgebiet 54 weitere Kasernen, darunter allein zehn in Schleswig-Holstein, wieder instandgesetzt werden sollen. Das heisst, dass die in diesen Kasernen untergebrachten Industriebetriebe, Familien oder Schulen räumen müssen. Weiter sollen 160 Standortverwaltungen, sowie Verpflegungsämter, Bekleidungsdepots, waffenfachschulen, Fliegerhorste, Munitionslager oder Versuchsämter errichtet werden.

Alle heulichen Massnahmen, die somit im Haushaltsjahr 1957 zur Durchführung kommen sollen, werden rund zwei Milliarden DM kosten. Untersucht man die Truppenplnungen des Bundesverteidigungsministeriums für das folgende Jahr 1958, so kommt man zu dem Ergebnis, dass auch dann noch erhebliche Baumassnahmen voraussichtlich im Werte von einer Milliarde DM erforderlich sein werden. Beide "Heerestaupjahre" können zusammen betrachtet werden, weil wegen Terminverzögerungen ein erheblicher Bauüberhang von Jahr 1957 in das Jahr 1958 übernommen werden muss.

Ganz abgesehen davon, dass der deutsche Baunarkt nicht in der Lage sein wird, in nur zwei Baujahren Militärbauten für drei Milliarden DM neben den grossen Wohnungsbau- und Industrietauprogrammen durchzuführen, ist auch eine andere Überlegung interessant. Geht man davon aus, dass in den Baujahren 1957 und 1958 eine gut ausgestattete Wohnung im sozialen Wohnungsbau 20 000 DM kosten wird, so kommt man zu dem Ergebnis, dass für drei Milliarden DM 150 000 neue Wohnungen errichtet werden könnten. Das würde den Neubau einer Stadt mit 500 000 Bewohnern entsprechen.

Noch eine weitere Überlegung drängt sich bei dem "gigantischen Kasernenbauprogramm" auf. Für jede Bataillonskaserne wird, da sie weit auseinandergezogen errichtet werden soll, ein Bedarf an Grund und Boden von 20 Hektar erforderlich sein. Weiter benötigt jedes Bataillon entsprechend den Planungen des Verteidigungsministeriums einen eigenen Übungsplatz in Grösse von 200 Hektar, der nicht allzu weit entfernt von der Kaserne liegen soll.

Geht man hier davon aus, dass in den beiden genannten Jahren zu-

samt 200 neue Bataillonskasernen in Bundesgebiet errichtet werden, so kommt man zu dem Ergebnis, dass hierfür 44 000 ha Land erforderlich sind, wobei neu geplante Flugplätze oder zentrale Grossübungsgebiete nicht einbezogen sind. Auf diesen Gelände könnten 2200 Bauernhöfe wirtschaften (oder weiterbestehen), wenn man von einer Durchschnittsgrösse von 20 Hektar pro Bauernstelle ausgeht.

Fachleute weisen darauf hin, dass selbst in der Aufrüstungswelle des Dritten Reiches ein derartig massiertes Kasernenbauprogramm in so kurzer Frist nicht durchgezogen worden ist. Allerdings sind die Normen für den Luft- und Wohnraum pro Soldat gestaffelt nach Dienstgrad an die der alten Heeresvorschriften angelehnt worden. 27 Quadratmeter Wohnfläche sind für sechs Mann vorgesehen, wenn sie einberufen worden sind. Die gleiche Fläche müssen sich fünf Mann teilen, wenn sie über zwölf Monate dienen. Ein Unteroffizier wird in den neuen Kasernen Anspruch auf eine Wohnfläche von 6,75 Quadratmetern haben und der Feldwebel stehen bereits 13,5 qm derartiger Fläche zur Verfügung. Diese Staffelnung setzt sich dann so "nach oben" fort.

+ + +

Ein Schlusswort

Von Dr. Adolf Arnst, MdB.

Meine Kritik an Ordnungsrufern, die ich für unzulässig halte, hatte eine Auseinandersetzung zwischen Bundestags-Vizepräsident Dr. Jaeger und mir zur Folge. Im Pressedienst seiner Partei richtete Dr. Jaeger an mich die Frage "Zweierlei Recht?" und will wissen, ob ich es billige, dass der DE-Abgeordnete Schneider (Brezenhaver) zur Ordnung gerufen wurde, weil er die Zwiebeltürme des Krenz zu sehen behauptete, wenn er nach links blicke. Ich bin der Meinung, dass eine so dreiste Behauptung, wie der Abgeordnete Schneider sie sich leistete, besser auf politische Weise mit der gebotenen Schärfe zurückzuweisen war, und zwar von allen nachfolgenden Rednern. Ein Präsident sollte sich darauf beschränken, der angegriffenen Fraktion hierzu sofort das Wort zu erteilen. Auch muss er die durch eine solche Entgleisung herausgeforderten Zwischenrufe dulden. Immerhin kann die Äusserung des Abgeordneten Schneider nicht mit der Kritik verglichen werden, zu der sich der Abgeordnete Dekler durch das schlechte Betragen des Abgeordneten Scharnberg herausgefordert

5. 12. 1956

sah. Dem in dem Gerede des Abgeordneten Schneider lag die als Ehrverletzung unzulässige Verdächtigung, dass Mitglieder des Bundestages sich zu Handlangern einer ausländischen Macht erniedrigten, deren Regime wegen seiner Unmenschlichkeit mit unseren gemeinsamen sittlichen Überzeugungen nicht vereinbar ist. Das ist, weil dadurch die sittliche Haltung der Sozialdemokraten und ihre Vaterlandsliebe in Zweifel gezogen wurden, qualitativ etwas Anderes als die von Abgeordneten Dehler erklärte Überzeugung, der Abgeordnete Scharnberg sei zu seinem Betragen nicht legitimiert, weil er - wie jedem erinnerlich sein musste, ohne dass es der Abgeordnete Dehler auszusprechen brauchte - ein Wahlsystem befürwortete, das das Ende der Demokratie bedeuten hätte.

Leider kann es mir nicht mehr sinnvoll erscheinen, dieses Gespräch mit Dr. Jaeger fortzusetzen, zumal die Sachlichkeit eines Gesprächs es erfordern würde, Unterstellungen zu vermeiden, z.B. die, dass ich "offenbar nicht die Unterstützung der SPD" fände.

Nur ein letztes Wort noch zum Grundsätzlichen. Dr. Jaeger betont: "Die Freiheit bedarf der Ordnung, sonst wird sie zur Zügellosigkeit!" Nach meiner Überzeugung wird dieser Satz richtig, wenn man ihn umkehrt: Die Ordnung bedarf der Freiheit. Denn Freiheit ordnet. Freiheit ist eine ordnende Kraft. Wer das nicht spürt, er wird es sie erjagen.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler